

Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. jur. D. Hammann.

Berlin, Freitag, den 26. Mai 1893.

✠ Finanzminister Dr. Miquel und die Wehrfrage.

Frankfurter Bürger hatten sich an den Finanzminister Dr. Miquel während seiner Anwesenheit in ihrer Stadt gewandt, um seine Ansichten über die Wehrfrage zu hören. Es stand von vornherein fest, daß Dr. Miquel ebenso wie alle übrigen Mitglieder der preussischen Regierung und des Bundesraths die Verstärkung unserer Wehrkraft für eine unbedingte Nothwendigkeit erachte. Gleichwohl ist das Zeugniß, das er in Frankfurt ablegte, in hohem Grade geeignet, die Anhänger der Militärreform zu bestärken, die Zweifler und Schwankenden aufzuklären und die Gegner zu widerlegen.

Zunächst ließ sich Dr. Miquel über die finanzielle und wirtschaftliche Seite der Militärreform aus. Er bewies mit Zahlen über die Steuerleistungen in den verschiedenen Ländern, daß wir mit einer Steigerung unserer finanziellen Lasten um 1,20 Mark auf den Kopf noch ganz bedeutend unter der Belastung ärmerer Staaten und vollends unter der Belastung in Frankreich und Großbritannien bleiben würden. Durchaus unwahr sei die Behauptung, daß bei uns zu Gunsten der Armee andere Staats- und Kulturaufgaben vernachlässigt würden. In ganz Deutschland und namentlich in Preußen sind die Ausgaben für Bildungszwecke, für die Justiz, für Landmeliorationen aller Art, für socialpolitische und Wohlthätigkeitszwecke u. s. w. in den letzten 10 Jahren in höherem Maße gestiegen, als die Ausgaben für das Heer.

„Sparfamkeit am unrechten Ort kann verderbliche Verschwendung werden. Wenn das deutsche Volk entschlossen ist, zu erhalten, was auf blutigen Schlachtfeldern unter großer Führung erkämpft wurde, so muß es auch dafür die erforderlichen finanziellen Opfer bringen.“ Nach der festen Ueberzeugung des Finanzministers gehen diese Opfer nicht über unsere Kräfte; Menschen und Mittel stehen uns zu Gebote, wenn wir sie nur benutzen wollen.

Dr. Miquel hob auch den noch immer nicht genug gewürdigten Gesichtspunkt hervor, daß nicht eine einfache Vermehrung der Friedenspräsenz in Frage steht, wie das früher der Fall war, daß es sich vielmehr um eine ganz neue Organisation der Armee handelt, aus der man nicht beliebig nothwendige Theile herausreißen kann, ohne die von allen Seiten als zweckmäßig anerkannte Organisation in ihrer Gesamtwirkung zu gefährden. „Ich verstehe Diejenigen, welche die zweijährige Dienstzeit nicht wollen, nicht aber Diejenigen, welche sie wollen, aber die Voraussetzungen derselben ablehnen.“ Die Erhöhung der Friedenspräsenz sei eben nach der Ueberzeugung aller Sachverständigen unerläßliche Folge der neuen Organisation, nicht eine Forderung einseitiger militärischer Auffassung. Nicht aus der kindischen Lust an einer großen Armee, sondern nur der schweren Sorge um ihre Unzulänglichkeit im Ernstfalle auf blutiger Wahlstatt sei das Verlangen der Erhöhung unserer Wehrkraft entsprungen.

Ganz besonders aber muß die Mahnung beherzigt werden, daß sich nicht Klasseninteressen, nicht konservative und liberale Anschauungen, nicht konfessionelle Gegensätze einseitig hervorbringen dürfen, wo eine vaterländische Frage von solcher Bedeutung, wo über die Sicherung und die Ehre des deutschen Reichs, über unser Ansehen im Auslande, den ruhigen Gang der Geschäfte, eine Bürgschaft des Friedens entschieden werden soll. Geschieht das überall, daß alle Anhänger der Militärreform Schulter an Schulter kämpfen? Dies ist um so nöthiger, je mehr die Gegner das Augenmerk von der großen Frage abzulenken suchen, zu allerhand Schreckmitteln greifen, als seien Volksrechte bedroht, und Partei- und Berufsinteressen gegeneinander aufzustacheln sich bemühen.

Frankreich kann uns nicht todtrüsten, wie es Gambetta wollte; es ist am Ende seiner militärischen Leistungsfähigkeit und kann die Verstärkung, die uns die Militärreform bringen soll, mit seiner

viel geringeren Bevölkerung nicht überbieten. Schlimm aber wäre es, wenn es uns moralisch überwände — an Thatkraft, Vaterlandsliebe und Opferfreudigkeit, während wir, wie Dr. Miquel sagte, nach kurzem, gewaltigen Anlauf den Athem verlieren, die Flinte ins Korn werfen und mit der Schlafmütze über den Ohren uns kläglich wieder in das von Anderen über uns verhängte Schicksal ergäben. Thue jeder seine Schuldigkeit, daß es dahin nicht komme!

✠ Die Lage der Arbeiter vor zehn Jahren und heute.

Noch immer suchen die socialdemokratischen Führer und Berufsführer den Arbeitern vorzureden, daß sie von der heutigen Gesellschaft überhaupt nichts Gutes erwarten können und ihrer Unzufriedenheit mit dem Stimmzettel an der Wahlurne Ausdruck geben müssen.

Die Thätigkeit jener Agitatoren ist doch nun aber nichts anderes als eine große Spekulation auf die Urtheilsunfähigkeit und Dummheit der Arbeiter. Diese werden — trotz aller hochtönigen Redensarten — von den Socialdemokraten thatsächlich so niedrig wie möglich taxirt, ihr Verstand und ihre Urtheilskraft werden von ihnen geradezu verhöhnt, indem ihnen die unglaublichsten Vorspiegelungen gemacht und Alles, was zu Gunsten der Arbeiter geschehen ist, für werthlos erklärt wird.

Es sind jetzt zehn Jahre vergangen, seitdem auf Grund der Kaiserlichen Botenschaft vom 17. November 1881 das erste socialpolitische Gesetz, das über die Krankenversicherung vom 15. Juni 1883, erlassen worden ist. Durch dieses Gesetz haben — nach dem Stande vom Jahre 1892 — 7 723 000 Arbeiter einen gesetzlichen Anspruch auf eine standesgemäße Fürsorge im Falle der Krankheit erhalten. Bis dahin konnte sich jeder Arbeiter selbst gegen die Folgen von Krankheit sicher stellen, aber die wenigsten thaten dies, die meisten verfielen der Armenpflege, die lediglich die Vernichtung der Existenz des Einzelnen zu hindern sucht, während der Zweck der jetzigen Krankenversicherung es ist, die durch Krankheit zerstörte Erwerbsunfähigkeit durch eine rechtzeitige und angemessene Fürsorge wiederherzustellen und auszugleichen. Von den nahezu 8 Millionen Arbeitern haben allein im Jahre 1892 2 3/4 Millionen Arbeiter Entschädigungen im Betrage von 95 Millionen Mark — für den einzelnen Krankenfall durchschnittlich 35 Mark — erhalten. Das Unfallversicherungsgesetz von 1884 mit seinen Erweiterungen, welches denselben Zweck für die Unfälle verfolgt, wie das Krankengesetz bei Krankheiten, hat im Jahre 1892 allein 18 Millionen Personen gegen die wirtschaftlichen Folgen von Unfällen sichergestellt, — in dieser Zahl sind nicht nur auch ländliche Arbeiter sondern auch 4 Millionen kleine Besitzer eingeschlossen, die zugleich ländliche Arbeiter sind. Die Zahl der durch Unfall beschädigten Personen betrug in diesem einen Jahr 210 000, für welche 32 1/2 Millionen Mark ausbezahlt wurden — auf den einzelnen Fall 185 Mark. Gegen Alter und Invalidität sind auf Grund des Gesetzes vom 22. Juni 1889 insgesamt 11,2 Millionen Arbeiter aller Berufszweige versichert; die Zahl der Entschädigten belief sich im Jahr 1892 auf 187 800, für welche nicht weniger als 22 1/2 Millionen Mark Entschädigung ausbezahlt wurden. Von den Arbeitgebern wurden allein in dem einen Jahre 1892 an 31 Millionen Mark Kranken-, an 54 Millionen Mark Unfall- und an 47 1/3 Millionen Mark Alters- und Invaliditätsversicherungsbeiträge aufgebracht, und außerdem zu den ausbezahlten Alters- und Invaliditätsrenten vom Reich ein Zuschuß von über 9 Millionen Mark (der in der genannten Entschädigungssumme von 22 1/2 Millionen Mark mit einbegriffen ist) geleistet. Im Ganzen haben Arbeitgeber und Reich allein im Jahre 1892 141 1/3 Millionen Mark von Gesetzeswegen für die

Arbeiter aufgebracht, vor dem Jahre 1883 — nicht einen einzigen Pfennig!

Aber hierauf allein beschränkt sich keineswegs, was Staat und Gesellschaft für die Arbeiter in den letzten zehn Jahren geleistet haben und noch thun. Es ist eine immer umfassendere Aufsicht der Fabriken eingetreten, und die Arbeiterwohlfahrts-einrichtungen sowohl in den staatlichen wie in den privaten Fabriken haben einen außerordentlichen Umfang angenommen. Das Eintreten des Staates für die Wohlfahrt der Arbeiter hat die private Thätigkeit der Arbeitgeber auf diesem Gebiete nicht zurückgedrängt, sondern mächtig gefördert. Es ist unter ihnen ein förmlicher Wettkampf in der Herstellung wohlthätiger Einrichtungen entstanden; Vereine für Arbeiterwohnungen sind aller Orten in Thätigkeit. Uebrigens sind in der letzten Novelle zur Gewerbeordnung Grenzen für die Beschäftigung der Arbeiter zu deren Nutzen gezogen worden, sie haben in den Arbeiterausschüssen ein Recht der Mitwirkung an der Fabrikordnung erhalten, die gesetzliche Gestaltung der Sonntagsruhe hat insbesondere ihre Interessen im Auge. Das Alles ist in den letzten zehn Jahren für die Arbeiter geschehen von dem Staate und der Gesellschaft: für keine andere Volksklasse ist in so umfassender Weise gesorgt worden wie für die Arbeiter, und die Socialdemokraten im Reichstage haben fast allen diesen Errungenschaften ihren Widerstand entgegengesetzt!

Staat und Gesellschaft können sagen: das that ich für Dich! Was thust Du für mich? Was wollen dagegen die einzelnen Mißgriffe und Uebelstände besagen, welche die Verführer immer von Neuem benutzen, um zur Unzufriedenheit zu heizen! Wenn der Arbeiter überlegt, was in den letzten zehn Jahren für ihn geschehen, dann wird er den ungeheuren Unterschied erkennen, der zwischen den Vor Spiegelungen und Hezereien der Socialdemokratie einerseits und der Wirklichkeit andererseits besteht. Geht er mit sich zu Rathe und verschließt er Herz und Verstand nicht gegen die Welt der Wirklichkeit, so wird und muß er sich von den Verführern abwenden, die ihm alle Tage von Neuem etwas vorflunkern und eine geträumte Herrlichkeit der Zukunft vorzaubern, in der die Arbeiter thatsächlich elend verhungern und ein wahres Zucht-hausleben führen würden.

Ist zweijährige Dienstzeit ohne Erhöhung der Friedenspräsenzstärke möglich?

„Opposition muß sein“ — hierin gipfelt die ganze Weisheit der Politik der oppositionellen Parteien. Schlägt die Regierung irgend etwas vor, so kann man 1000 gegen 1 wetten, daß die Führer der oppositionellen Parteien Richter, Lieber, Bebel irgend einen Gegenvorschlag machen, der die Regierungsforderung entweder halb oder ganz zurückweist; denn einfach Ja sagen, selbst wenn die Vernunft mit allen Gründen dafür spricht, wäre ja „unvereinbar mit der Charakterfestigkeit eines überzeugungstreuen Volksmannes,“ der lieber mit dem Kopf durch die Wand rennen soll, als daß er einfach seine Ueberzeugung von der Richtigkeit einer Regierungsforderung bekennen darf!

Auf dieser Grundlage ist bei Einbringung der Militärvorlage oder vielmehr schon lange vorher der Gegenvorschlag ausgetüftelt worden: Annahme der zweijährigen Dienstzeit, aber ohne Erhöhung der Friedenspräsenzstärke.

Was bedeutet dieser Vorschlag? Er bedeutet eine Verschlechterung des Heeres, das haben selbst freisinnige Abgeordnete wie Hünze, Siemens bezeugen müssen. Wenn der dritte Jahrgang wegfällt, müssen die Kopfstärken der Bataillone erhöht werden, da dann in der Zeit der Rekrutenausbildung nur ein ausgebildeter Jahrgang vorhanden ist und folglich die Ausrückstärke viel geringer wäre als jetzt. Ferner muß aber auch für jedes Regiment ein neues (Halb-) Bataillon aufgestellt werden, das den andern drei Bataillonen eine Reihe von Arbeitsdiensten, ferner die Ausbildung des Nachschages, die Uebungen des Beurlaubtenstandes abnehmen und sie entlasten soll. Denn bei zweijähriger Dienstzeit muß die kriegsmäßige Ausbildung des Mannes viel mehr zusammengedrängt werden, was nur möglich ist, wenn der regelmäßige Dienstbetrieb

keine störenden Unterbrechungen mehr durch Kommandos, Uebungen des Beurlaubtenstandes etc. erleidet.

Das sieht jeder einfache Mann ein! Sollte man derartige Ausgleichsmaßregeln für die Einführung der zweijährigen Dienstzeit unterlassen, so würde die Folge sein, daß sowohl der Friedens- wie der Kriegszustand verschlechtert werden würde: die zweijährige Dienstzeit ohne Verstärkung des Etats der Bataillone und ohne die Bildung neuer vierter Bataillone wäre ein Ruin der Armee, sie würde den Werth der Armee herabdrücken, die Wehrkraft nicht stärken, sondern verschlechtern. Die zweijährige Dienstzeit innerhalb der gegenwärtigen Präsenzstärke bedeutet Zerstörung der Heeresorganisation, ein Messer ohne Klinge, dem der Griff fehlt!

Wie konnte es trotzdem kommen, daß die Mehrheit Richter-Lieber-Bebel auf ihrem gänzlich unhaltbaren, die Einführung der zweijährigen Dienstzeit schlechthin vereitelnden Standpunkt stehen geblieben sind und noch stehen bleiben. Warum? „Man muß einen festen Nacken haben und darf sich nicht beugen!“ Das ist gewiß für alle Lebenslagen eine schöne Vorschrift! Aber ist damit gesagt, daß man gegen den Verstand, gegen die Vernunft sich auslehnen soll und keinen Irrthum eingestehen darf? Wollten sich die Wähler, vielleicht durch allerhand Vor Spiegelungen verleitet, jetzt selbst auf diesen Standpunkt stellen, so würden sie dem Irrthum zum Siege verhelfen und damit gegen die Wohlthat der Erleichterung der persönlichen Dienstlast, die in der abgekürzten Dienstzeit liegt, ihre Stimme abgeben.

Politische Tagesfragen.

Zweihundert Jahre

Sind in diesen Tagen verfloßen, seit die Schaaren Turannes die Pfalz in schrecklicher Weise verwüsteten und seit französischer Vandalismus das herrliche Heidelberger Schloß grausam zerstörte. Die „Köln. Ztg.“ bemerkt dazu: „Vergessen hat die Stadt jene Schreckenstage ebensowenig wie Altdeutschland. Wer zweifelt daran, daß nicht nur der wein-umrankten Neckarstadt, sondern auch den übrigen Städten des Rheins und der Pfalz das gleiche Schicksal bevorstände, wenn die französische Armee siegreich in Süddeutschland ihre Fahnen entfaltet? Das saigner à blanc, von dem Fürst Bismarck sprach, würde zur vollen Wahrheit; vielleicht würde man heute nicht mehr die Häuser niederbrennen und die Einwohner ausplündern, wie wohl den afrikanischen Elitetruppen unserer Nachbarn auch in dieser Hinsicht alles zuzutrauen ist und die bekannten Ausräucherungen arabischer Duars durch den edeln Marschall St. Arnaud in der französischen Nation noch heute keine ernstliche Rüge erfahren haben, jedenfalls würden sie das vae victis in überreichen Maße kennen lernen. Möge daher das süddeutsche Volk vor allem sich dessen erinnern, was vor zwei Jahrhunderten seinen Städten geschah, möge es daran denken, daß nur die Uebermacht des Reiches den französischen Chauvinismus im Zaume halten kann, möge es dafür sorgen, daß es auch fernerhin fröhlich und ohne Sorge vor dem Angriff von jenseit des Wasgauwaldes das Pfingstfest feiern kann. Alt-Heidelberg, die seine, mahnt uns an diesem Tage durch die vorhandenen Zeugnisse französischen Vandalismus, vor keinem Opfer zurückzuschrecken, das zur Sicherung des Reiches und seiner Grenzen erforderlich ist.“

An demselben Tage hat die freisinnige Volkspartei unter den Ruinen des Heidelberger Schlosses eine Wähler-versammlung abgehalten, auf der gegen die Militärvorlage losgezogen wurde!

† „Das ganze Deutschland soll es sein.“

In den beiden Parlamentshäusern zu Paris giebt es Heeresvorlagen gegenüber weder Bourgeois noch Socialisten, weder Regierungsfreunde noch Oppositionsmänner, es giebt nur Franzosen, die einig sind in der Hingebung für ihr Land, und einig nicht minder im Haß gegen uns.

Von diesen Feinden müssen wir lernen, an ihrem Handeln müssen wir uns ein Beispiel nehmen. In den Pfingstgedanken eines Deutschen in Paris, die der Generalanzeiger in Frankfurt bringt, heißt es: „Wer bei ihnen auftritt und die Botschaft von der künftigen Wiedereroberung Elsaß-Lothringens, das Evangelium vom Bergeltungskrieg, den neuen Bund zwischen Quaven und Kosacken predigt, wie immer seine Mundart und wie die seiner Hörer sei, er darf auf allgemeines Verständnis zählen. Bei uns dagegen scheint es Sitte geworden, die Verkünder der Vaterlandsliebe, die treuen Mahner und Warner zu verspotten, als wären sie voll süßen Weines. Vergessen hat man der Propheten, die in Tagen der Noth auch in unserm Volke erstanden, vergessen scheinen die Blutzengen unserer Einheitskämpfe, vergessen die Seher und Sänger, durch deren

Mund Gott der Herr vor Zeiten geredet zu unsern Vätern. Denn er selbst, der Gott, der Eisen wachsen ließ, der keine Knechte wollte, er war es, der einem Römer das Schwertlied zu singen eingab, der einem Schiller den Ausspruch diktierte: „Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles setzt an ihre Ehre!“ Der Gott, der uns durch den Cherusker Hermann von Rom, durch Scharnhorst und Blücher vom Joch des Galliers befreite und durch König Wilhelm und seine Paladine zur Einheit empor riß, er hat uns auch für alle Zeit durch den Mund des Patrioten Ernst Moritz Arndt die leitenden Grundsätze unserer auswärtigen Politik verkündet: „Der Rhein ist Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze!“ und „das ganze Deutschland soll es sein!“

Die Deutschamerikaner

sind der Verfassung der Vereinigten Staaten entsprechend im allgemeinen demokratisch oder mindestens sehr freisinnig in ihren politischen Anschauungen. Es ist daher nicht ohne Interesse, zu sehen, daß sie trotzdem ganz anders über die Militärvorlage denken, als unsere hiesigen freisinnigen Demokraten. Die R. Z. bringt ein Stimmungsbild aus jenen Kreisen, aus dem hervorgeht, daß man dort über die Ablehnung der Militärvorlage geradezu entrüstet ist. Es heißt dann:

„Man begreift die Sache dort thatächlich nicht. Und nun die Nachricht von der Verwerfung der Vorlage und der Auflösung des Reichstages! Se unerwarteter und unborgesehener sie war, desto stärker wirkte sie. Unsere alten Landsleute bekennen ganz offen, daß die Entscheidung der deutschen Volksvertreter ihnen unverständlich sei. Nachdem der Reichskanzler einmal erklärt hatte, die Vorlage sei nothwendig, um Deutschland militärisch auf der Höhe zu halten, so führen sie aus, da war doch eigentlich nur eine Entscheidung möglich: die Zustimmung. Aber, so geht ihr Gedankengang weiter, der Reichskanzler hat mehr gethan: er hat bekant, daß Deutschland schwächer sei als sein militärischer Nachbar und vorausichtlicher Gegner. Mit dieser Versicherung mußte die Sache entschieden sein. Köste es, was es wolle, die Früchte der großen Thaten von 1870/71 dürfen nicht in Gefahr gebracht werden. Wir Deutsch-Amerikaner von altem Schrot und Korn sind vielleicht besser in der Lage, das zu beurtheilen, als die Deutschen im Reiche selbst. Wir haben die traurigen Jahre noch mit erlebt, in denen der Preuße, der Bayer, der Hesse, der Sachsen-Mitlbürger, der Neuze im Auslande neben dem Engländer und Franzosen doch eigentlich nur eine recht klägliche Rolle spielte: die Rolle des Geduldeten, dem Niemand was thut, weil er ein „kleiner Mann“ ist, der aber aus demselben Grunde auch nirgendwo so recht aufzutreten wagen darf. Wie hat sich das geändert seit dem großen Kriege! Wir Deutsche können jetzt auch mit dem Gefühl durch die Welt gehen, daß wir einem großen, festen, allgemein geachteten Staatswesen angehören, und unser „I am German“, klingt nicht schlechter und schwächer als das „Civis Romanus sum“, das einst dem Angehörigen des größten Reiches der Erde alle Wege ebnete, wohin auch immer sein Stern ihn verschlug. Die deutschen Regierungen sind nach unserer Ansicht nicht vollkommen Aber niemand kann ihnen nachsagen, daß sie rücksichtslos in ihren Forderungen seien. Wenn sie Opfer verlangen, so geschieht es gewiß erst dann, wenn diese Opfer nicht mehr länger zu vermeiden sind. Und gewiß nie in demjenigen Umfange, der durch die unabwiesbarsten Forderungen bedingt ist. Daß muß man in Deutschland doch noch besser wissen, als wir es hier einsehen.“

Der Centrumsabgeordnete Letocha

veröffentlicht eine Erklärung über die bekannte Wahlversammlung in Breslau, in der es heißt: „Von der Versammlung ist nur ein Beschluß des Inhalts gefaßt worden, daß die Centrumpartei Schlesiens einen eigenen Wahlauftritt nicht erläßt, sich vielmehr dem Wahlauftritt der Centrumsfraktion des deutschen Reichstages anschließt und auf Grund desselben die Kandidaten der Centrumpartei Schlesiens aufstellt.“

Dieser Beschluß ist mit großer Majorität gefaßt worden; denn es stimmten bei der Stichprobe gegen denselben von den Anwesenden etwa 170 Vertrauensmännern nur 26, für denselben also etwa 144 Vertrauensmänner. Der Abstimmung ist eine dreistündige Debatte namentlich über die Frage vorausgegangen: ob und in wie weit die Wahlkandidaten den Wählern gegenüber mit Bezug auf die Militärvorlage zu obligiren und ob die Gewählten namentlich mit vorgeschriebener Marschroute in den Reichstag zu entsenden sind?

Bei dieser überaus lebhaften Debatte wurde fast allseitig die letzte Frage verneint und dabei die Ansicht vertreten: „Daß den zu wählenden Abgeordneten volles Vertrauen zu schenken, und daß es deshalb auch ihrem gewissenhaften Ermessen zu überlassen sei, nach sorgfältiger Prüfung der neuen Vorlage das Votum nach bestem Wissen und Gewissen abzugeben.“ Diese letzte Ansicht steht aber in direktem Widerspruch mit dem Wahlauftritt des Centrums und man darf daher wohl gespannt sein, ob die Einigkeit des Centrums, die der Wahlauftritt verkündigt, auch wirklich in die Erscheinung treten wird.

Versehiedene Wahlnachrichten.

In Münster wurde eine von etwa 350 Vertrauensmännern besuchte Versammlung der westfälischen Centrumpartei abgehalten, in der es zu einem offenen Zerwürfniß kam. Es wurde ein besonderer Zusatzauftrag zum Centrumswahlauftritt beschlossen. Justizrath Schulz (Hamm) stellte den Antrag, den Abgeordneten freie Hand bei der Militärvorlage zu lassen. Hierfür fanden sich nur 60 Stimmen. Ueber einen Antrag des Herrn v. Schorlemer, zu erklären, es sei nothwendig, von den westfälischen Centrustreikern vier an Berufslandwirthe zu übertragen, wurde zur Tagesordnung übergegangen, worauf Herr v. Schorlemer mit zahlreichem Gefolge den Saal verließ. — Nach den neuesten Nachrichten hat inzwischen eine Anzahl Landwirthe Westfalens, an ihrer Spitze Freiherr v. Schorlemer-Mit einen Wahlauftritt erlassen, der die Aufstellung **eigener Kandidaten** ankündigt. Im Aufruf wird die Sicherung des Friedens **durch eine für die Vertheidigung der Grenzen und den Schutz des Vaterlandes hinreichend starke Armee verlangt.**

Der Vorstand des Centralausschusses der vereinigten Innungsverbände Deutschlands hat an die deutschen Handwerksmeister einen Aufruf erlassen, in dem die leitenden Gesichtspunkte des Programms der deutschen Mittelstandspartei enthalten sind. Ueber die Militärvorlage heißt es: „Nur ein in seiner Wehrkraft gesichertes und für den Kriegsfall gerüstetes deutsches Vaterland ermöglicht eine gesunde korporative Fortentwicklung unseres deutschen Handwerkerstandes. Nur ein in Einigkeit starkes Reich vermag eine neue Blüthe des gewerblichen, inmitten des Kapitaldruckes von oben einer- und der sozialistischen Zersekung von unten andererseits befindlichen Mittelstandes zu gewährleisten. Jedes Mitteln an dieser Macht des deutschen Reiches ist dazu angethan, den Bestand des gesammten Handwerks zu gefährden. Wir vertrauen, daß die Kollegen des Handwerks an der Wahlurne für eine verstärkte Wehrkraft des Reiches ihre Stimmen abgeben werden.“

Am Mittwoch tagte im sechsten Berliner Wahlkreise eine Versammlung des Wahlvereins der deutschfreisinnigen Partei, in der, obgleich der Anschluß an die „Freisinnige Volkspartei“ gegen nur eine Stimme beschlossen und Eugen Richter als Kandidat aufgestellt wurde, doch nicht die Einigkeit herrschte, die man erwarten sollte. Während der Berichterstatter bemerkte, es sei dem Vorstand nicht zweifelhaft gewesen, daß der Verein dem Zuge nach links Folge zu leisten habe und einige Redner sich über das Ende der Fusion erkreut zeigten und behaupteten, es habe so nicht mehr weiter gehen können, die Fraumeier schädigten das Ansehen der Partei, äußerten sich andere Redner in durchaus entgegengesetztem Sinne, protestirten gegen das schroffe Auftreten gegenüber den Parteigenossen und bedauerten sehr die eingetretene Spaltung. Man sieht, auch hier ist es nicht weit her mit der Einigkeit.

Politische Wochenschau.

Aus dem Inlande.

Unser Kaiser

hatte sich am Donnerstag voriger Woche nach Görlitz begeben, um dort an den Feierlichkeiten bei Enthüllung des Denkmals Kaiser Wilhelm I. Theil zu nehmen. Hier wie überall wurden unserem Kaiser begeisterte Huldigungen dargebracht, und die Feier gestaltete sich sehr glänzend. Wir heben von dem Festprogramm besonders die Parade hervor, die der Kaiser über die Truppen und Kriegervereine abnahm. Besonders der Vorbeimarsch der zum Theil ergrauten Krieger, die in starrer Haltung vor ihrem obersten Kriegsherrn vorbeidestilrten, gewährte einen erhebenden Anblick und hinterließ bei Jedem das Gefühl, daß die Kriegervereine ein Hort des echten Patriotismus und eine Stütze des Thrones sind. Diese Ueberzeugung drückte sich auch in dem Schreiben aus, welches der

König von Württemberg

an den ersten Bundestag des Württembergischen Kriegerbundes gerichtet hatte und das vom Prinzen Hermann zu Sachsen-Weimar verlesen wurde. Der König wies auf die gemeinsame ruhmvolle Vergangenheit hin und betonte die Gesinnungen, auf denen der Kriegerbund beruhe: Muth, Ueberzeugungstreue, Achtung vor der Obrigkeit, Liebe und Treue zur Fahne, der jeder einst geschworen habe, und zum Vaterlande. Jetzt sei die Zeit gekommen, diese Eigenschaften zu bestätigen. — Der Kriegerbund sandte hierauf an den Kaiser ein Huldigungstelegramm, für welches umgehend ein Danktelegramm eintraf.

Nach der Rückkehr des Kaisers nach Berlin fand die

Taufe des jüngsten hohenzollernischen Prinzen,

des Sohnes des Prinzen Friedrich Leopold in Potsdam, statt. Der jüngste Hohenzoller, dem eine stattliche Reihe von erlauchten Vätern theils in Person, theils durch Vertreter zur Seite stand, erhielt die Namen Cassilo Wilhelm Humbert Leopold Friedrich Karl. Der Kaiser brachte ein Hoch auf den Täufling aus.

Sobann trat er die Reise nach Bröckelwitz in Westpreußen an, überall, besonders auf dem Bahnhof in Mittelde und in Christburg, wurden ihm begeisterte Huldigungen dargebracht.

Am Dienstag fand in Krosen die Beisehung des

Fürsten Georg Victor von Waldeck-Pyrmont

statt. Sie war bis zum 23. Mai aufgeschoben worden, weil an demselben Tage vor 48 Jahren der Vater des Fürsten zur Ruhe gebracht war. Eine große Zahl von Fürstlichkeiten beteiligte sich an der Leichenfeier, der Kaiser war durch den kommandierenden General des 11. Armeecorps, v. Wittich, vertreten.

Außer diesen Vorgängen nahmen aber in der vergangenen Woche die Wahlvorbereitungen das Hauptinteresse in Anspruch, und besonders gespannt wartete man auf den

Wahlauftritt des Centrums,

den einzigen, der bisher noch nicht veröffentlicht war. Endlich, am Dienstag nach Pfingsten erschien er, und wenigstens dadurch zeichnet er sich aus, daß er von außerordentlicher Länge ist. Im Uebrigen ist er der Wehrfrage gegenüber demokratisch gefärbt, es wird gegen den Antrag Suene Widerspruch erhoben. Diese Haltung ist mit der des schlesischen Parteitagess nicht in Einklang zu bringen, auf dem bekanntlich verlangt wurde, den Delegierten in der Wehrfrage freie Hand zu lassen. Wahrscheinlich hat der Vorstand mit dieser Opposition gegen den Antrag Suene dem bairischen Centrum entgegenkommen wollen. Im Uebrigen ist die Begründung der eingenommenen Stellung ziemlich dürftig, es wird mit den bekannten Schlagworten: Militärstaat, Heerlager, übermäßige Belastung des nothleidenden Nährstandes u. s. w. operirt, und der Schutz der Verfassung, des Budgetrechts und anderer nicht bedrohter Rechte gefordert. Der Kampf „gegen die Wahnideen des Liberalismus“ soll augenscheinlich die nicht demokratischen Centrumswähler beruhigen. Inzwischen hat bereits eine Spaltung im Centrum stattgefunden: Herr v. Schorlemer-Nst hat mit einer Anzahl von Landwirthen einen besonderen Wahlauftritt erlassen, in dem er offen die Sicherung des Friedens durch eine für die Verteidigung der Grenzen und den Schutz des Vaterlandes hinreichend starke Armee fordert. — Nach den bisherigen Wahrnehmungen sind die Socialdemokraten bei weitem die regsten in der Wahlagitation, und wenn sich nicht die bürgerlichen Parteien aufrufen und wo es nöthig ist, geeint den Socialdemokraten entgegentreten, so kann der Fall eintreten, daß sie wieder in verstärkter Zahl ihren Einzug in den neuen Reichstag halten. Die bürgerlichen Parteien können nicht dringend genug aufgefordert werden, jeder einzelne an seinem Theil dahin zu arbeiten, daß die große die Lebensinteressen des Vaterlandes berührende Frage zu einer befriedigenden Lösung geführt werde. Darum frisch auf in den Wahlkampf — mit Gott für König und Vaterland!

Ein sehr unangenehmes und für jeden Mann mit nationalem Empfinden geradezu beschämendes Vorkommniß ist leider auch noch zu verzeichnen.

Der Oberbürgermeister von Danzig

Herr Dr. Baumbach, hatte sich bekanntlich in einer Wahlversammlung der freisinnigen Volkspartei zur Begründung seiner ablehnenden Stellung gegenüber der Militärvorlage auf den französischen Botschafter Herbette berufen, der ihm in Gesellschaft gesprächsweise entschieden bestritten habe, daß zwischen Frankreich und Rußland ein Bündniß oder eine ähnliche Vereinbarung bestehe. Abgesehen von dem absoluten Mangel an Beweiskraft, der diese Aeußerung, wenn sie gefallen wäre, ausgezeichnet hätte, und von der Taktlosigkeit, die darin liegt, daß Herr Dr. Baumbach dem ihm noch vor wenigen Minuten völlig unbekanntem französischen Botschafter eine dahin gehende Frage vorlegte und dann öffentlich von einem Privatgespräch Gebrauch machte, ist die Angelegenheit noch dadurch für jeden national empfindenden Deutschen besonders unangenehm geworden, daß der französische Botschafter in einem mehr als kühlen Briefe an Herrn Dr. Baumbach entschieden in Abrede stellt, etwas derartiges überhaupt gesagt zu haben.

Aus dem Auslande.

Udch

Oesterreich

sieht sich genöthigt, seine Wehrkraft zu verstärken. In dem am Donnerstag dem Reichsrath vorgelegten Etat für 1894 werden vier Millionen Gulden mehr als bisher für das Heer — im Ganzen 127 Millionen Gulden — gefordert. Die Forderung ist mit der politischen Lage und der Nothwendigkeit, den anderen Staaten Stand zu halten, begründet; auch für die Zukunft wurden erhöhte Anforderungen angekündigt. — Die nationalen Gegensätze in Böhmen haben in dem Prager Landtag allmählich zu solchen Ausschreitungen der Jungtschechen geführt, daß der Landtag geschlossen werden mußte. Der österreichische Minister-rath hat sich mit der Frage befaßt, ob gegen die jungtscheischen Land-

tagsabgeordneten ein gerichtliches Einschreiten angezeigt sei; wie gemeldet wird, soll es der Prager Staatsanwaltschaft überlassen bleiben, gegen die Jungtschechen, welche die Verathung der Vorlage wegen Errichtung eines Kreisgerichts in Trautenau gewaltfam verhinderten, einen Strafantrag zu stellen, da politische Bedenken gegen die Erhebung einer solchen Anklage nicht obwalten.

In

England

hat das Parlament bis zum 30. Mai Ferien, nachdem das Unterhaus die beiden ersten Artikel der Home-Rule-Vorlage angenommen hat. Inzwischen suchen beide Parteien durch öffentliche Volkskundgebungen für ihre Ziele Anhänger zu gewinnen. Eine Versammlung von 50 000 Personen im Hyde Park am Sonntag nahm eine Resolution an, welche die Versammelten auffordert, Gladstone in der Durchführung seines Werks, dem Streit zwischen England und Irland ein Ziel zu setzen, zu unterstützen, die Haltung der Konservativen im Unterhause billigt und einem etwaigen Konflikt des Oberhauses mit der „Macht des Volks“ mit Genugthuung entgegensteht. Auf der anderen Seite hat der frühere Premierminister Lord Salisbury seine schon längst beabsichtigte Reise nach Irland zur Ausführung gebracht und in Belfast, der Hauptstadt der irischen Provinz Ulster, eine Rede gehalten, worin er ausführte, daß der Wohlstand Irlands allein von dem Fortbestehen der bisherigen Vereinigung mit England abhängt. Salisbury wurde von seinen Anhängern begeistert empfangen, die Straßen waren festlich geschmückt; mehrere Adressen wurden ihm überreicht. — Gladstone hat eine theilweise Verminderung der englischen Besatzung in Egypten verfügt, nachdem sich dort die Verhältnisse beruhigt haben. Die dortigen Engländer sind hiermit aber nicht zufrieden; vielleicht wird diese Frage auch noch eine Rolle in der gegenwärtigen Entwicklung der inneren Politik spielen.

In

Italien

war am Sonnabend eine Ministerkrisis entstanden, weil die Deputirtenkammer mit einer Stimme Majorität das Budget des Justizministeriums abgelehnt hatte. Giolitti forderte mit dem gesammten Ministerium seine Entlassung, erhielt sie aber nicht; wohl aber wurde vom König für Bonacci ein neuer Justizminister in der Person des Senators Gula ernannt, sowie der bisher interimistisch verwaltete Posten eines Finanzministers mit dem Senator Sagliardo neu besetzt. Daß im Uebrigen die Kammer zu dem Ministerium Giolitti volles Vertrauen hat, ergiebt sich aus der günstigen Aufnahme der Reden des Ministers Brin über die auswärtige Politik und die Nothwendigkeit des Dreibundes, sowie aus den großen Majoritäten, mit denen die übrigen Budgettheile bisher angenommen worden sind.

Der Kaiser von

Rußland

hat sich nach Moskau begeben, um der Grundsteinlegung eines Denkmals für Kaiser Alexander II., der mit der Feier des zehnten Jahrestages der Krönung Alexanders III. (27. Mai) zusammenfallen soll, beizuwohnen.

In

Frankreich

sucht man die Vorgänge in Deutschland mit Nutzen auszubenten. Der frühere Minister Goblet, der der radikalen Partei angehört, hat in Bordeaux sich in einer Rede bitter darüber beklagt, daß Frankreich dem Dreibunde bisher immer noch nichts entgegenzusetzen habe, als einen Austausch von gelegentlichen Sympathiekundgebungen mit Rußland. Wenn Frankreich noch nicht weiter gekommen sei, so rühre dies daher, daß es weder eine auswärtige noch eine innere Politik habe. Der Ministerpräsident Dupuy hat auf einem Bankett in Toulouse ein neues Programm für die innere Politik aufgestellt: er verlangt Einigkeit der Republikaner und vollständigen Anschluß der Monarchisten an die Republik; er will die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit regeln, grundlegenden Steuerreformen vornehmen und die Beziehungen zu den kirchlichen Gesellschaften neu ordnen. — Wie es heißt, soll General Dobbs alsbald sich nach Dahomey zurückbegeben; zur vollständigen Unterwerfung des Landes werden noch 5 Millionen Francs für erforderlich erachtet. — Die französischen Expeditions-Truppen haben auf siamesischem Gebiete eine Schlappe erlitten.

In

Belgien

hat ein internationaler Bergarbeiterkongreß beschlossen, von allen Regierungen die Durchführung des achtstündigen Arbeitertags zu fordern und wenn dies bis zum Herbst nicht geschehen, in allen Staaten gemeinsam die Arbeit einzustellen. Die praktischen Engländer stimmten dagegen; Deutschland war nur durch einen Bergmann (Schröder-Dortmund) vertreten, der mit den Franzosen und den anderen Delegierten dafür stimmte; er vertritt angeblich 183 000 deutsche Bergarbeiter; schwerlich aber werden diese nach seiner Weise tanzen.